

Schwarzwälder Tageszeitung

Der 7. 7.

Mus den Lannen

Fernsprecher
117

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeines Anzeigen für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Abonnementspreis: In Monat Juni 8 000 M., mit Postzusatzgebühr. Ein einzelnes Exemplar 500 M. | Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 750 M., die Mehrzeile 1800 M., Mindestbetrag für die ersten 10 Zeilen 10 000 M., bei längerer Dauerung 50% Rabatt. Bei Abrechnung 10% Rabatt. Bei Zahlungsvorgang 10% Rabatt.

Nr. 102.

Altensteig, Montag den 17. Juli.

Jahrgang 1928

Europäische Fragen.

Die Erklärung der englischen Regierung hat im Allgemeinen das gebracht, was die seriösen Mütter Englands vorausgesetzt hatten: höflich in der Form gegen Frankreich, ohne die Meinungsverschiedenheiten in der Einstellung zu der gegenwärtigen politischen Lage nicht doch deutlich erkennen zu lassen. Zum Verständnis der allgemeinen politischen Lage ist es notwendig, auf die Rolle des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Beneš einzugehen, die dieser während seines Pariser und Londoner Aufenthalts gespielt haben dürfte. Schon allein deshalb, weil Beneš, der ein flüchtiger Staatsmann ist, des öfteren in entscheidenden Stunden in die europäische Politik eingegriffen hat. Diese Unternehmung führt mit Notwendigkeit auf das allgemeine Verhältnis zwischen der Kleinen und Großen Entente.

Der Anlaß zu den Reisen Beneš's nach Paris und London war der Abschluß eines französisch-tschechoslowakischen Handelsvertrages, und in London hatte Beneš finanzielle Geschäfte abzuwickeln. Zwecklos hat er auch die Gelegenheit benutzt, um sich über die Auffassungen Englands und Frankreichs über die europäische politische Lage zu orientieren; und wenn die Möglichkeit sich bietet, vermittelnd einzugreifen. Es dürfte aber übertrieben sein, daß Beneš mit der Aufgabe, den Vermittler zu spielen, bereits von Prag abgereist ist. Vielmehr wird die französische Regierung von sich aus bei der Anwesenheit Beneš's in Paris versucht haben, die Kleine Entente in die französische Politik einzupassen. Darüber hinaus dürfte man ihm noch nahegelegt haben, daß Frankreich es begrüßen würde, wenn die Tschechoslowakei sich zur Ratifizierung des im vorigen Jahre in Marienbad abgeschlossenen Übereinkommens zwischen der Kleinen Entente und Polen bereitfinden würde. Ferner wird man versucht haben, die Stellungnahme der Tschechoslowakei in den bevorstehenden, Mitte Juli beginnenden Verhandlungen in Sinaita zu erfragen. Diese Verhandlungen, an deren positiven Ergebnis Frankreich ungemein viel gelegen ist, bezwecken nicht mehr und nicht weniger, als die Aufrichtung einer geschlossenen Front im Fahrwasser französischer Politik schwimmender Staaten von der Ostsee bis ans Schwarze Meer. Die Kleine Entente jedoch, die de facto nur aus der Tschechoslowakei und Südbalkan besteht, wird für einen solchen Plan nicht zu haben sein. Jugoslawien und die Tschechoslowakei fühlen sich als Kinder der großen russischen Mutter, und so dürften sie sich kaum bereit finden, die Obergrenzen Polens und Rumäniens garantieren zu wollen. Selbst die Große Entente hatte in dem Beschluß über die polnisch-russischen Grenzen keine Garantie übernehmen wollen. Dazu steht zwischen Polen und der Tschechoslowakei immer noch die nicht vergessene Teschenfrage, sowie die Zavorinafrage, die gerade im Augenblick akut ist. England dürfte ebenfalls sehr wenig Interesse an einem derartigen Frankreich bündigen Staatenbund haben. Besonders Polen, dem französischen Vorposten im Osten, ist England wenig geneigt wegen seiner aggressiven Haltung Danzigs gegenüber, wo sich England ein Sprungbrett für seine Wirtschaftsbeziehungen nach dem Osten sichern will. Daß Beneš keine befriedigende Antwort in Paris gegeben hat, geht schon daraus hervor, daß der französisch-tschechoslowakische Handelsvertrag nur bis zum 31. August d. J. verlängert worden ist.

Auf der kommenden Konferenz von Sinaita soll ebenfalls Stellung genommen werden zu der Lage im Orient, wo die französische Regierung soeben eine Niederlage erlitten hat. Es ist nicht einzusehen, daß die Ost- und Südostruropa sich dazu bereithalten werden, die Rastanien für Frankreich dort aus dem Feuer zu holen und sich dadurch in einen Gegensatz zu England zu setzen.

Genau so wie die Bemühungen Frankreichs, Ost- und Südostruropa für seine politischen Ziele dienstbar zu machen, in Sinaita schiefgeschlagen dürften, ebenso hat Frankreich wenig Glück gehabt, die Randstaaten an Polen anzuschließen und dadurch in sein politisches System einzufügen. Zwischen Polen und Litauen steht nicht nur die noch nicht vergessene Wilna-Frage, sondern die Besitzung Memels durch Litauen hat gleichfalls die freundschaftlichen Gefühle Polens für Litauen nicht gehindert. Ein Bündnis zwischen Polen, Estland und Lettland, wie es bereits besteht, hat dagegen keine große Bedeutung. Die Reisen der französischen Marschälle

Foch und Le Rond haben schon damals zu keinem für Frankreich günstigen Ergebnis geführt. Die Lage der Staaten, um die Frankreichs Verbündeten geht, ist heute noch dieselbe. Es gehört deshalb keine große Voraussicht dazu, zu sagen, daß die französische Politik auch diesmal keinen Erfolg ernten wird.

Was nun das europäische Zentralproblem, die Reparationsfrage, angeht, so ist selbstverständlich, daß die erwähnten Ost- und Südostrstaaten nur ein Interesse daran haben können, daß diese Frage sobald wie möglich gelöst wird, damit in Mitteleuropa Ruhe herrscht. Frankreich hoffte wohl im Stillen, daß Polen sich zu irgend einem Gewaltakt gegen deutsches Gebiet hinreißen lassen würde, um so den Druck vom Westen durch einen solchen von Osten her zu verstärken. Polen, das für eine solche Maßnahme nicht einmal den Schein einer Berechtigung hätte beibringen können, da es Deutschland gegenüber nicht Reparationsgläubiger ist, hat sich auf ein solches Spiel nicht eingelassen. Wenigstens hat die Tschechoslowakei ein Kohlenausfuhrverbot erlassen, und dadurch der französischen Regierung deutlich zu erkennen gegeben, daß sie nicht gewillt ist, durch die und dann mit der französischen Politik zu gehen.

Man sieht, daß die Kleine Entente und die anderen Frankreich freundlich gesinnten Ost- und Südostrstaaten ganz und gar nicht einverstanden sind, sich von Poincaré, in seine Zwecke mißbrauchen zu lassen. Es wird sich zeigen, wie Poincaré sowohl die Warnungen aus dem Osten und Südoften, sowie die in freundschaftlicher Form von London aus an ihn gerichteten Mäßigungsversuche beibringt und gewillt ist, in seiner praktischen Politik auf sie Rücksicht zu nehmen.

Wertbeständigkeit.

In Zeiten so heftig schwankender Währungsverhältnisse gibt es keine Wertbeständigkeit. Es kann keine wertbeständigen Löhne, Gehälter und Steuern geben, wenn das Erheben der Hand eines amerikanischen Börsebesetzers die Mark steigen oder fallen lassen kann. Das ist eine Tatsache, und von hier aus ist bei dem Problem der Wertbeständigkeit auszugehen. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß nur der Versuch der Anpassung der Löhne und Steuern an die Geldwertveränderung unternommen werden kann, daß sie aber nie vollkommen erreicht werden wird. Das liegt in der Natur der Sache, daran wird auch kein Streit oder sonstige geartete Ausgehren etwas ändern.

Ueber das Prinzip, daß die Löhne und Gehälter der Geldwertveränderung angepaßt werden müssen, ist man sich in Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkreisen völlig einig. Beide wollen dem Sinken des Reallohnes vorbeugen. Die Frage lautet nur, wie es geschehen soll; das ist die Frage nach der Methode. Aber auch hier ist schon insofern eine Einigung erzielt worden: Grundlohn durch Tarifverträge, Zuschläge nach einem Index. Dieser Index nun ist das Streitobjekt. Die Arbeitgeber wollen einen Goldindex (Devisenkurs oder Goldaufschlag), weil dieser ihren Kalkulationen zugrunde liegt; die Arbeitnehmer wollen den Lebenshaltungsindeks (Kombination zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen). Beide Parteien verteidigen ihren Standpunkt mit ernstzunehmenden Argumenten, so daß man in der Zentralarbeitsgemeinschaft bisher keinen Ausweg finden konnte. Der von den Arbeitgebern vorgeschlagene Index ist für die Arbeitnehmer günstig bei steigenden Devisenkursen; bei geringfügiger Preiserhöhung für ausländische Zahlungsmittel oder gar bei ihrem Preisstillstand ist der Arbeitnehmer-Index für die Lohn- und Gehaltsempfänger reallohnerhaltender. Von hier aus versteht man auch, warum die Parteien gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo die Indexverhandlungen laufen, die oben wiedergegebenen Indices sich zu eigen machen. Hätten wir rapide steigende Devisenkurse, so wären vermutlich die Rollen vertauscht.

Nun ist eines sicher, die zeit- und nerventraubenden Lohnverhandlungen müssen zwecks Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und -freude auf ein Minimum beschränkt werden, sie erzeugen auch nicht selten eine Erbitterung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Müssen gar Schlichtungsinstanzen angerufen werden, so wird die Sachlage noch komplizierter. Was ist also zu tun? Zweierlei nicht. Erstens ist die Einführung der Goldrechnung im acanawärtigen Augenblick indiskutabel. Wir hätten

dann bald in allen Warenkategorien das Weltmarktpreisniveau erreicht oder gar überschritten. Betriebseinschränkung, Stilllegung der Betriebe, Verweigerung der Kurzarbeiter und Arbeitslosen wären die Folgen. Zweitens ist eine starre Anpassung an einen Index nicht möglich, sie läßt die unterschiedliche Lage der Gewerbe und die Konjunkturen unberücksichtigt. Ein einheitlicher Reichsindex (Durchschnitt aus ganz Deutschland) ist ungerecht für die Bewohner eines relativ teuren Landes, während er andererseits den relativ billigen Distrikten zu hohe Löhne zubilligt.

Man wird sich also auf einer mittleren Linie einigen müssen: Einteilung des gesamten Gebietes in Zonenregionen, ähnlich wie bei den Ortszuschlagsklassen für die Beamtengehälter, Zugrundelegung dieser Indices bei den Verhandlungen in den einzelnen Gewerben.

Neues vom Tage.

Frankreichs „günstiger Eindruck“.

Berlin, 15. Juli. Der Ministerrat, der unter dem Vorsitz Poincarés in Paris zusammentrat, soll sich mit der Erklärung Baldwin's, ohne daß ihr voller Wortlaut vorlag, beschäftigt und seine Befriedigung darüber geäußert haben. Doch hat es bestimmt den Anschein, daß diese Befriedigung weniger aus der Rede Baldwin's entsprang, als vielmehr daraus, daß die Angelegenheit der Beantwortung des englischen Fragebogens glücklich überwunden war, ohne daß Poincaré genötigt war, Farbe zu bekennen. Aus dieser heillosen Lage ist Poincaré glücklich befreit, weil England diese Rücksicht ruhig hinzunehmen hat, aus welchem Grunde, mag vorläufig dahingestellt bleiben. Auf alle Fälle wendet man in Paris seine Aufmerksamkeit jetzt ganz auf die Antwortnote Englands an Deutschland, die man für die nächsten Tage in Paris erwartet.

Gegen die belgische Schreckensherrschaft.

Berlin, 14. Juli. Wie der „Vorwärts“ aus Duisburg meldet, hat die sozialdemokratische Partei Duisburg an die sozialistische Kammerfraktion in Brüssel folgendes Telegramm gerichtet: Die Not der arbeitenden Bevölkerung im hiesigen Bezirk ist aufs äußerste gestiegen. Verzweiflungsausbrüche schlimmer Art sind zu erwarten, wenn die unerhörten Bedrückungen, die schlimmer sind als im Kriege, andauern. Wir richten die dringende Bitte an euch und alle Sozialisten, allen Einfluss aufzubieten, damit die unerträglichen Leiden der schuldlosen Bevölkerung beendet werden. Helft, bevor es zu spät ist!

Um die wertbeständigen Löhne.

Berlin, 14. Juli. Zwischen dem Reichsarbeitsminister und Vertretern der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände fanden Besprechungen über die Einführung wertbeständiger Löhne statt mit dem Ergebnis, daß die Arbeitgebervertreter der Entschließung des Reichswirtschaftsrates über wertbeständige Löhne zustimmen. Das Reichsarbeitsministerium wird nun die Zustimmung der Gewerkschaften zu der Entschließung herbeizuführen suchen, um so eine Grundlage für den Abschluß von Tarifverträgen zu schaffen.

Freigabe einer Eisenbahnstrecke.

Gelsenkirchen, 14. Juli. Auf den Druck holländischer und englischer Handelskreise ist nunmehr die Eisenbahnstrecke Gelsenkirchen-Bismarck-Buer-Torsten von der Besatzungsbehörde wieder freigegeben worden. Auf der Strecke werden wieder die Holland-Kohlen gefahren. Auch für den deutschen Güter- und Personenverkehr ist die Strecke freigegeben und der erste Lebensmitteltransport ist bereits eingetroffen.

Die Begründung für die Besetzung Sardeniens.

Paris, 15. Juli. Die vorübergehende Besetzung der Stadt Garmen wird in einem amtlichen Communiqué mit der jüngst erfolgten Verhaftung einer auf unbefestigtes Gebiet vorgedrungenen französischen Patrouille durch Schupo-Beamte begründet.

Optimistische Stimmung in Belgien.

Paris, 14. Juli. Der erste Optimismus, den die Baldwin-Erklärungen am Donnerstagabend in Brüssel hervorrief, hat sich einer Meldung des Deure zufolge, nachträglich bestätigt. Man betont in politischen Kreisen, daß Baldwin keineswegs von einer internationalen Kommission, sondern einem unparteiischen Ausschuss gesprochen habe, was für eine Verständigung große Möglichkeiten bietet.

Frankreich gibt nicht nach.

Paris, 14. Juli. Der politische Redakteur des Revue Socialiste hatte mit einer hohen französischen Persönlichkeit eine Unterredung über Frankreichs Politik

